

EuGH (Zweite Kammer), Urteil vom 29.02.2024 – C-549/22**Titel:**

Vorlage zur Vorabentscheidung, Assoziationsabkommen EG-Algerien, Soziale Sicherheit der algerischen Wanderarbeitnehmer und ihrer Hinterbliebenen, Transfer von Leistungen nach Algerien zu den nach den Rechtsvorschriften des Schuldnermitgliedstaats geltenden Sätzen, Hinterbliebenenleistungen, Nationale Regelung, die das Wohnstaatsprinzip anwendet, Wohnortklausel, die die Kürzung der Hinterbliebenenleistungen für die Leistungsempfänger mit Wohnort in Algerien enthält, Renvoi préjudiciel, Accord d'association CE-Algérie, Sécurité sociale des travailleurs migrants algériens et de leurs survivants, Transfert de prestations vers l'Algérie aux taux appliqués en vertu de la législation de l'État membre débiteur, Prestation de survie, Réglementation nationale appliquant le principe du pays de résidence, Clause de résidence comportant une réduction du montant de la prestation de survie pour les bénéficiaires résidant en Algérie, Reference for a preliminary ruling, EC-Algeria, Association Agreement, Social security for Algerian migrant workers and their survivors, Transfer of benefits to Algeria at the rates applied by virtue of the legislation of the debtor Member, State, Survivors' benefit, National legislation applying the country-of-residence principle, Residence clause involving a reduction in the amount of survivors' benefit for recipients residing in Algeria

Redaktionelle Leitsätze:

- 1. Art. 68 IV des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits ist dahin auszulegen, dass er unmittelbare Wirkung entfaltet, so dass die Personen, auf die diese Bestimmung Anwendung findet, das Recht haben, sich vor den Gerichten der Mitgliedstaaten unmittelbar auf sie zu berufen, damit die mit ihr unvereinbaren nationalen Rechtsvorschriften unangewendet gelassen werden.**
- 2. Art. 68 IV des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits ist dahin auszulegen, dass er auf die Hinterbliebenen eines Arbeitnehmers Anwendung findet, die ihre Hinterbliebenenleistungen nach Algerien transferieren möchten, selbst aber keine Arbeitnehmer sind, und die in Algerien wohnen.**

3. Art. 68 IV des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits ist dahin auszulegen, dass er der Kürzung einer Hinterbliebenenleistung aufgrund des Umstands, dass der Leistungsempfänger in Algerien wohnt, nicht entgegensteht, wenn mit dieser Leistung bezweckt wird, ein Grundeinkommen zu sichern, das in Abhängigkeit von den Lebenshaltungskosten im Schuldnermitgliedstaat berechnet wird, und wenn die vorgenommene Kürzung nicht das Recht auf freien Transfer einer solchen Leistung aushöhlt.

Rechtsgebiete:

Handelsrecht, Sozialrecht, Europarecht, ausl. Recht, Völkerrecht

Schlagworte:

Vorlage zur Vorabentscheidung, Assoziationsabkommen EG-Algerien, Soziale Sicherheit der algerischen Wanderarbeitnehmer und ihrer Hinterbliebenen, Transfer von Leistungen nach Algerien zu den nach den Rechtsvorschriften des Schuldnermitgliedstaats geltenden Sätzen, Hinterbliebenenleistungen, Nationale Regelung, die das Wohnstaatsprinzip anwendet, Wohnortklausel, die die Kürzung der Hinterbliebenenleistungen für die Leistungsempfänger mit Wohnort in Algerien enthält, Renvoi préjudiciel, Accord d'association CE-Algérie, Sécurité sociale des travailleurs migrants algériens et de leurs survivants, Transfert de prestations vers l'Algérie aux taux appliqués en vertu de la législation de l'État membre débiteur, Prestation de survie, Réglementation nationale appliquant le principe du pays de résidence, Clause de résidence comportant une réduction du montant de la prestation de survie pour les bénéficiaires résidant en Algérie , Reference for a preliminary ruling, EC-Algeria, Association Agreement, Social security for Algerian migrant workers and their survivors, Transfer of benefits to Algeria at the rates applied by virtue of the legislation of the debtor Member, State, Survivors' benefit, National legislation applying the country-of-residence principle, Residence clause involving a reduction in the amount of survivors' benefit for recipients residing in Algeria, Europa-Mittelmeer-Abkommen, Algerien, unittelbare Anwendbarkeit, Hinterbliebenenleistungen, Transfer, Kürzung, Grundsicherung

vorgehend:

Generalanwalt beim EuGH, Schlussantrag vom 12.10.2023 - C-549/22 (nicht rechtskraftfähig)

Weiterführende Hinweise:

Vorläufige Fassung

Provisional text

Parteien:

Kläger:

X

Beklagter:

Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank

Fundstellen:

BeckRS 2024, 3030

BeckRS 2024, 3030

LSK 2024, 3030

ZAR 2024, 131 (Ls.)

ECLI:

ECLI:EU:C:2024:184

Rechtskraft:

rechtskräftig

Text1

URTEIL DES GERICHTSHOFS (Zweite Kammer)

29. Februar 2024*

In der Rechtssache C-549/22

betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen nach Art. 267 AEUV, eingereicht vom Centrale Raad van Beroep (Berufungsgericht in Sachen der sozialen Sicherheit und des öffentlichen Dienstes, Niederlande) mit Entscheidung vom 15. August 2022, beim Gerichtshof eingegangen am 18. August 2022, in dem Verfahren

X

gegen

Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank,

erlässt

DER GERICHTSHOF (Zweite Kammer)

unter Mitwirkung der Kammerpräsidentin A. Prechal, der Richter F. Biltgen, N. Wahl und J. Passer sowie der Richterin M. L. Arastey Sahún (Berichterstatte(r)in),

Generalanwalt: A. M. Collins,

Kanzler: D. Dittert, Referatsleiter,

aufgrund des schriftlichen Verfahrens und auf die mündliche Verhandlung vom 28. Juni 2023,

unter Berücksichtigung der Erklärungen

- des Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank,

vertreten durch C. Speear, W. van den Berg und M. Van der Ent-Eltink als Berater,

- der niederländischen Regierung,

vertreten durch M. K. Bulterman und H. S. Gijzen als Bevollmächtigte,

- der Europäischen Kommission,

vertreten durch B.-R. Killmann, D. Martin und F. van Schaik als Bevollmächtigte,

nach Anhörung der Schlussanträge des Generalanwalts in der Sitzung vom 12. Oktober 2023

folgendes

Urteil

Tenor:

1. Art. 68 Abs. 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits

ist dahin auszulegen, dass

er unmittelbare Wirkung entfaltet, so dass die Personen, auf die diese Bestimmung Anwendung findet, das Recht haben, sich vor den Gerichten der Mitgliedstaaten unmittelbar auf sie zu berufen, damit die mit ihr unvereinbaren nationalen Rechtsvorschriften unangewendet gelassen werden.

2. Art. 68 Abs. 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits

ist dahin auszulegen, dass

er auf die Hinterbliebenen eines Arbeitnehmers Anwendung findet, die ihre Hinterbliebenenleistungen nach Algerien transferieren möchten, selbst aber keine Arbeitnehmer sind, und die in Algerien wohnen.

3. Art. 68 Abs. 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits

ist dahin auszulegen, dass

er der Kürzung einer Hinterbliebenenleistung aufgrund des Umstands, dass der Leistungsempfänger in Algerien wohnt, nicht entgegensteht, wenn mit dieser Leistung bezweckt wird, ein Grundeinkommen zu sichern, das in Abhängigkeit von den Lebenshaltungskosten im Schuldnermitgliedstaat berechnet wird, und wenn die vorgenommene Kürzung nicht das Recht auf freien Transfer einer solchen Leistung aushöhlt.

Gründe:

1Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung von Art. 68 Abs. 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits (ABl. 2005, L 265, S. 2, im Folgenden: Assoziationsabkommen EG-Algerien).

2Es ergeht im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen X und dem Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank (Verwaltungsrat der Sozialversicherungsanstalt, Niederlande) (im Folgenden: SVB) über die Kürzung der an X gezahlten Hinterbliebenenleistung aufgrund ihres Wohnsitzes in Algerien.

Rechtlicher Rahmen

Unionsrecht

Assoziationsabkommen EG-Algerien

3Das Assoziationsabkommen EG-Algerien wurde in Valencia (Spanien) am 22. April 2002 unterzeichnet und im Namen der Europäischen Gemeinschaft durch den Beschluss 2005/690/EG des Rates vom 18. Juli 2005 (ABl. 2005, L 265, S. 1) genehmigt. Gemäß seinem Art. 110 Abs. 1 trat es, wie sich aus der im Amtsblatt der Europäischen Union (ABl. 2005, L 292, S. 10) veröffentlichten Mitteilung ergibt, am 1. September 2005 in Kraft. Darüber hinaus ersetzte es gemäß Art. 110 Abs. 2 mit seinem Inkrafttreten das am 26. April 1976 in Algier (Algerien) unterzeichnete Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien, das im Namen der Gemeinschaft durch die Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 (ABl. 1978, L 263, S. 1, im Folgenden: Kooperationsabkommen EWG-Algerien) genehmigt worden war.

4Art. 1 des Assoziationsabkommens EG-Algerien bestimmt:

„(1) Zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Algerien andererseits wird eine Assoziation gegründet.

(2) Ziel dieses Abkommens ist es,

- einen geeigneten Rahmen für den politischen Dialog zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, der die Vertiefung ihrer Beziehungen und ihrer Zusammenarbeit in allen Bereichen ermöglicht, die sie für sachdienlich erachten;

- den Handel zu fördern, die Entwicklung ausgewogener wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen zwischen den Vertragsparteien zu gewährleisten und die

Voraussetzungen für die schrittweise Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zu schaffen;

- den Austausch von Menschen zu fördern, insbesondere im Rahmen von Verwaltungsverfahren;
- die Integration der Maghreb-Länder untereinander zu unterstützen und zu diesem Zweck den Handel und die Zusammenarbeit innerhalb des Maghreb sowie zwischen diesem und der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten zu fördern;
- die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und finanzielle Zusammenarbeit zu fördern.“

5In Art. 68 des Abkommens heißt es:

„(1) Vorbehaltlich der folgenden Absätze gilt für die algerischen Arbeitnehmer und die mit ihnen zusammenlebenden Familienangehörigen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit eine Regelung, die keine auf der Staatsangehörigkeit beruhende Diskriminierung gegenüber den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten, in denen sie beschäftigt sind, beinhaltet.

Der Begriff der sozialen Sicherheit umfasst die Zweige der Sozialversicherung, die für Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft, für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, Altersruhegeld, Hinterbliebenenrenten, Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, Sterbegeld, Arbeitslosenunterstützung und Familienbeihilfen zuständig sind.

Jedoch darf diese Bestimmung nicht dazu führen, dass die anderen Koordinierungsregeln, die die auf Artikel [48] des [AEU]-Vertrages gestützte Gemeinschaftsregelung vorsieht, in anderer Weise angewandt werden als unter den Bedingungen des Artikels 70 dieses Abkommens.

...

(4) Die betreffenden Arbeitnehmer haben die Möglichkeit, Alters- und Hinterbliebenenrenten und Renten bei Arbeitsunfall, Berufskrankheit oder Erwerbsunfähigkeit, wenn diese durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit verursacht wurde, zu den nach den Rechtsvorschriften des Schuldnermitgliedstaates bzw. der Schuldnermitgliedstaaten geltenden Sätzen frei nach Algerien zu transferieren, mit Ausnahme beitragsunabhängiger Sonderleistungen.

...“

6Art. 70 des Abkommens bestimmt:

„(1) Spätestens am Ende des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens erlässt der Assoziationsrat die Bestimmungen zur Gewährleistung der Anwendung der in Artikel 68 genannten Grundsätze.

(2) Der Assoziationsrat legt die Modalitäten für eine Zusammenarbeit der Verwaltungen fest, die die für die Anwendung der in Absatz 1 genannten Bestimmungen erforderlichen Verwaltungs- und Kontrollgarantien bietet.“

Entwurf eines Beschlusses des Assoziationsrats

7Der Beschluss 2010/699/EU des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. 2010, L 306, S. 14), enthält im Anhang einen Entwurf eines Beschlusses des Assoziationsrats (im Folgenden: Entwurf eines Beschlusses des Assoziationsrats), mit dem Art. 70 des Abkommens umgesetzt wird.

8Dieser Entwurf wurde vom Rat der Europäischen Union auf der Grundlage des Entwurfs eines Beschlusses des Assoziationsrats angenommen, der dem Vorschlag der Europäischen Kommission vom 12. Dezember 2007 (KOM[2007] 790 endgültig) für einen Beschluss des Rates beigefügt ist.

9Art. 1 Abs. 1 des Entwurfs eines Beschlusses des Assoziationsrats bestimmt:

„Im Sinne dieses Beschlusses bezeichnet der Ausdruck

...

i) „exportierbare Leistungen“

i) in Bezug auf die Mitgliedstaaten:

...

- Hinterbliebenenrenten,

... im Sinne der [Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. 2004, L 166, S. 1, und Berichtigung ABl. 2004, L 200, S. 1)], mit Ausnahme der in Anhang X der Verordnung genannten besonderen beitragsunabhängigen Geldleistungen;

...“

10In Art. 2 (Persönlicher Geltungsbereich) des Entwurfs heißt es:

„Dieser Beschluss gilt für:

a) Arbeitnehmer, die algerische Staatsangehörige sind, rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats beschäftigt sind oder waren und für die die Rechtsvorschriften

eines oder mehrerer Mitgliedstaaten gelten oder galten, sowie für ihre Hinterbliebenen,

...“

11Art. 4 („Aufhebung der Wohnortklauseln“) sieht in Abs. 1 vor:

„Exportierbare Leistungen im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe i, auf die die Personen im Sinne des Artikels 2 Buchstaben a und c Anspruch haben, dürfen nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Leistungsempfänger

i) für die Zwecke einer Leistungsgewährung gemäß den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet Algeriens hat oder ii) für die Zwecke einer Leistungsgewährung gemäß den Rechtsvorschriften Algeriens seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hat.“

Niederländisches Recht

ANW

12Art. 14 Abs. 1 der Algemene Nabestaandenwet (Allgemeines Hinterbliebenengesetz, im Folgenden: ANW) bestimmt:

„Der überlebende Angehörige hat Anspruch auf Hinterbliebenenrente, wenn er

a) ein lediges Kind unter 18 Jahren hat, das nicht mit einer anderen Person in häuslicher Gemeinschaft lebt; oder

b) arbeitsunfähig ist.

...“

13Art. 17 Abs. 1 und 3 ANW in der durch die Wet woonlandbeginsel in de sociale zekerheid (Gesetz über das Wohnstaatsprinzip im Bereich der sozialen Sicherheit) geänderten Fassung, in Kraft getreten am 1. Juli 2012, bestimmt:

„(1) Die Bruttohinterbliebenenrente wird so festgesetzt, dass nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge, die für eine Person, die das Rentenalter noch nicht erreicht hat, von diesem Betrag einzubehalten sind, allein unter Berücksichtigung der in Art. 22 der Wet op de loonbelasting 1964 (Lohnsteuergesetz von 1964) genannten allgemeinen Steuergutschrift die Nettohinterbliebenenrente 70% des Nettomindestlohns beträgt.

...

(3) Für einen überlebenden Angehörigen, der außerhalb der Niederlande, eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaats des [Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum] oder der Schweiz wohnt, ist

die Bruttohinterbliebenenrente ein durch Ministerialverordnung festgesetzter Prozentsatz des gemäß den Abs. 1, 2 oder 5 ermittelten Betrags. Dieser Prozentsatz wird so festgesetzt, dass er dem Verhältnis der Lebenshaltungskosten des Landes, in dem der überlebende Angehörige wohnt, zu den Lebenshaltungskosten in den Niederlanden entspricht. Der Prozentsatz darf 100 nicht überschreiten.“

Verordnung über das Wohnstaatsprinzip

14Art. 1 der Regeling woonlandbeginsel in de sociale zekerheid 2012 (Verordnung über das Wohnstaatsprinzip in der sozialen Sicherheit von 2012, im Folgenden: Verordnung über das Wohnstaatsprinzip) sieht vor:

„[Der] in ... Art. 17 Abs. 3 ... ANW bestimmte [Prozentsatz] für einen anderen Wohnstaat als:

- a) den Niederlanden,
- b) einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union,
- c) einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, und d) der Schweiz beläuft sich auf den im Anhang dieser Verordnung aufgenommenen Prozentsatz.“

15Nach dem Anhang der Verordnung beträgt der in Art. 1 der Verordnung genannte Wohnstaatsprinzip-Faktor für Algerien ab dem 1. Januar 2013 60% und ab dem 1. Januar 2016 40%.

Ausgangsverfahren und Vorlagefragen

16X wohnt in Algerien. Ihr Ehemann war in den Niederlanden beschäftigt und im Zeitpunkt seines Todes nach der ANW versichert. Als Hinterbliebene ihres verstorbenen Ehemannes hat sie nach der ANW seit dem 1. Januar 1999 Anspruch auf eine Hinterbliebenenleistung.

17Mit Bescheiden vom 19. September 2018 ließ der SVB in der Folge eines Urteils der Rechtbank Amsterdam (Bezirksgericht Amsterdam, Niederlande) vom 10. November 2016 zum einen die Zahlung der Hinterbliebenenleistung an X rückwirkend wieder aufleben, die er am 1. November 2012 eingestellt hatte. Zum anderen informierte er X, dass die Hinterbliebenenleistung ab dem 1. Januar 2013 gekürzt werde, da sie ab diesem Zeitpunkt nach dem Wohnstaatsprinzip, d. h. nach einem Prozentsatz hätte gezahlt werden müssen, der die Höhe der Lebenshaltungskosten in diesem Land im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten in den Niederlanden widerspiegele. Gemäß den Bestimmungen des Anhangs der Verordnung über das Wohnstaatsprinzip sei dieser Prozentsatz für Algerien auf 60% des Höchstbetrags der Hinterbliebenenleistungen ab dem 1. Januar 2013 und auf 40% des Höchstbetrags ab dem 1. Januar 2016 festgesetzt worden.

18X legte gegen diese Entscheidung Widerspruch ein, der vom SVB mit Entscheidung vom 4. Dezember 2018 als unbegründet zurückgewiesen wurde.

19Da die Rechtbank Amsterdam (Bezirksgericht Amsterdam) die gegen diese Entscheidung erhobene Klage als unbegründet abwies, legte X Berufung beim Centrale Raad van Beroep (Berufungsgericht in Sachen der sozialen Sicherheit und des öffentlichen Dienstes, Niederlande), dem vorlegenden Gericht, ein.

20Das vorlegende Gericht führt aus, dass sich die Parteien über die Frage stritten, ob Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien einer auf das Wohnstaatsprinzip gestützten Kürzung der Hinterbliebenenleistung von X entgegenstehe.

21In diesem Zusammenhang hegt es erstens Zweifel, ob eine Person wie X in den persönlichen Geltungsbereich dieser Bestimmung falle. Letztere betreffe im Gegensatz zu Art. 68 Abs. 1 und 3 des Assoziationsabkommens EG-Algerien nur die Arbeitnehmer und nicht ihre Familienangehörigen.

22Sollten Hinterbliebene als Leistungsempfänger in den Geltungsbereich von Art. 68 Abs. 4 des Abkommens fallen, möchte das vorlegende Gericht außerdem wissen, ob nur die Hinterbliebenen, die in den Niederlanden wohnten, die Möglichkeit hätten, die erhaltenen Leistungen frei nach Algerien zu transferieren, oder ob sich, wozu es neigen würde, auch diejenigen, die in Algerien wohnten, auf diese Bestimmung berufen könnten.

23Zweitens möchte das vorlegende Gericht wissen, ob Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien unmittelbare Wirkung entfalte. Art. 68 des Abkommens sehe eine Reihe allgemeiner Grundsätze vor, jedoch würden gemäß Art. 70 des Abkommens der genaue materielle Gehalt dieser Grundsätze und die Modalitäten für eine Zusammenarbeit der Vertragsstaaten des Abkommens durch einen Beschluss des Assoziationsrats festgelegt. Jedoch könnten in analoger Anwendung zu insbesondere den Urteilen vom 31. Januar 1991, Kziber ([C-18/90](#), [ECLI:EU:C:1991:36](#)), und vom 5. April 1995, Krid ([C-103/94](#), [ECLI:EU:C:1995:97](#)), sowie den Beschlüssen vom 13. Juni 2006, Echouikh ([C-336/05](#), [ECLI:EU:C:2006:394](#)), und vom 17. April 2007, El Youssfi ([C-276/06](#), [ECLI:EU:C:2007:215](#)), ungeachtet der Notwendigkeit, einen solchen Beschluss zu erlassen, bestimmte Merkmale von Art. 68 wie das Verbot der Diskriminierung im Bereich der sozialen Sicherheit, das in Abs. 1 des Artikels geregelt sei, unmittelbare Wirkung haben.

24Was insbesondere Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien betrifft, geht das vorlegende Gericht davon aus, dass weder sein Wortlaut noch sein Gegenstand oder seine Natur, wie sie sich aus Art. 1 des Abkommens ergäben, der Anerkennung einer unmittelbaren Wirkung der Bestimmung entgegenstünden. Es

erkenne jedoch an, dass die Erfüllung der Verpflichtung, die Leistungen zugunsten von Personen zu exportieren, die in Algerien wohnten, vom Erlass eines späteren Aktes abhängig gemacht werden könne, nämlich einem Akt, der die Modalitäten für eine Zusammenarbeit der Verwaltungen festlege, die die in Art. 70 Abs. 2 des Abkommens genannten erforderlichen Verwaltungs- und Kontrollgarantien biete.

25Drittens möchte das vorlegende Gericht schließlich wissen, ob Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien einer Kürzung von Leistungen nach dem Wohnstaatsprinzip entgegenstehe. Obwohl der Entwurf eines Beschlusses des Assoziationsrats, der dem in Rn. 8 des vorliegenden Urteils genannten Vorschlag beigelegt sei, noch nicht angenommen worden sei, könne Art. 4 des Entwurfs Hinweise auf die Tragweite von Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien geben, die darauf schließen ließen, dass diese Bestimmung ein Verbot von Wohnortklauseln aufstelle.

26Unter diesen Umständen hat der Centrale Raad van Beroep (Berufungsgericht in Sachen der sozialen Sicherheit und des öffentlichen Dienstes) das Verfahren ausgesetzt und dem Gerichtshof folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt:

1. Ist Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien dahin auszulegen, dass er auf eine in Algerien wohnhafte Hinterbliebene eines verstorbenen Arbeitnehmers Anwendung findet, die ihre Hinterbliebenenleistungen nach Algerien exportieren möchte?

Falls ja:

2. Ist Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien unter Berücksichtigung seines Wortlauts sowie von Sinn und Zweck dieser Vorschrift dahin auszulegen, dass er unmittelbar anwendbar ist, so dass Personen, auf die diese Bestimmung Anwendung findet, das Recht haben, sich vor den Gerichten der Mitgliedstaaten unmittelbar auf sie zu berufen, damit die mit ihr unvereinbaren nationalen Rechtsvorschriften unangewendet gelassen werden?

Falls ja:

3. Ist Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien dahin auszulegen, dass er der Anwendung des Wohnstaatsprinzips im Sinne von Art. 17 Abs. 3 ANW entgegensteht, das eine Beschränkung des Exports der Hinterbliebenenleistungen nach Algerien zur Folge hat?

Zu den Vorlagefragen

Zur zweiten Frage

27Mit seiner zweiten Frage, die zuerst zu prüfen ist, möchte das vorlegende Gericht im Wesentlichen wissen, ob Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien

dahin auszulegen ist, dass er unmittelbare Wirkung entfaltet, so dass die Personen, auf die diese Bestimmung Anwendung findet, das Recht haben, sich vor den Gerichten der Mitgliedstaaten unmittelbar auf sie zu berufen, damit die mit ihr unvereinbaren nationalen Rechtsvorschriften unangewendet gelassen werden.

28Aus Art. 68 Abs. 4 ergibt sich, dass die algerischen Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, Alters- und Hinterbliebenenrenten und Renten bei Arbeitsunfall, Berufskrankheit oder Erwerbsunfähigkeit, wenn diese durch einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit verursacht wurde, zu den nach den Rechtsvorschriften des Schuldnermitgliedstaats bzw. der Schuldnermitgliedstaaten geltenden Sätzen frei nach Algerien zu transferieren, mit Ausnahme beitragsunabhängiger Sonderleistungen.

29Darüber hinaus folgt aus Art. 70 des Assoziationsabkommens EG-Algerien, dass spätestens am Ende des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens der Assoziationsrat die Bestimmungen zur Gewährleistung der Anwendung der in Art. 68 genannten Grundsätze erlässt und die Modalitäten für eine Zusammenarbeit der Verwaltungen festlegt, die die für die Anwendung dieser Bestimmungen erforderlichen Verwaltungs- und Kontrollgarantien bietet. Allerdings sind die genannten Bestimmungen, die der Assoziationsrat spätestens am Ende des ersten Jahres nach dem 1. September 2005, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Assoziationsabkommens EG-Algerien, hätte erlassen müssen, noch immer nicht festgelegt worden, obwohl der Rat den in Rn. 7 des vorliegenden Urteils genannten Beschluss 2010/699, der im Anhang einen Entwurf eines Beschlusses des Assoziationsrats zur Durchführung von Art. 70 des Abkommens enthält, erlassen hat.

30Was die etwaige unmittelbare Wirkung von Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien betrifft, ist darauf hinzuweisen, dass nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs eine Bestimmung eines von der Union mit Drittländern geschlossenen Abkommens als unmittelbar anwendbar anzusehen ist, wenn sie unter Berücksichtigung ihres Wortlauts und im Hinblick auf den Gegenstand und die Natur des Abkommens eine klare und eindeutige Verpflichtung enthält, deren Erfüllung oder deren Wirkungen nicht vom Erlass eines weiteren Aktes abhängen (vgl. in diesem Sinne Urteile vom 30. September 1987, Demirel, 12/86, [ECLI:EU:C:1987:400](#), Rn. 14, und vom 26. Mai 2011, Akdas u. a., [C-485/07](#), [ECLI:EU:C:2011:346](#), Rn. 67 sowie die dort angeführte Rechtsprechung).

31Im vorliegenden Fall ist erstens festzustellen, dass Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien klar, genau und unbedingt das Recht auf freien Transfer der von dieser Bestimmung vorgesehenen Renten nach Algerien begründet, und zwar zu den nach den Rechtsvorschriften des Schuldnermitgliedstaats geltenden Sätzen. Somit enthält die Bestimmung nach ihrem Wortlaut für die Mitgliedstaaten

eine klare und präzise Ergebnispflicht, die darin besteht, dass den Betroffenen ein solcher freier Transfer ermöglicht werden muss, und die als solche bei ihrer Erfüllung oder in ihren Wirkungen nicht vom Erlass eines späteren Aktes abhängt.

32 Zwar gilt zum einen das Recht auf freien Transfer nicht absolut, da seine konkreten Wirkungen in jedem Einzelfall, wie aus Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien hervorgeht, von den „zu den nach den Rechtsvorschriften des Schuldnermitgliedstaates bzw. der Schuldnermitgliedstaaten geltenden Sätzen“ abhängen. Jedoch kann diese Wendung nicht dahin ausgelegt werden, dass es den Mitgliedstaaten gestattet ist, das genannte Recht auf freien Transfer nach freiem Ermessen einzuschränken und es somit auszuhöhlen (vgl. entsprechend Urteil vom 8. Mai 2003, Deutscher Handballbund, C-438/00, ECLI:EU:C:2003:255, Rn. 29 und die dort angeführte Rechtsprechung).

33 Zum anderen hängen die Durchführung oder die Wirkungen des in dieser Bestimmung vorgesehenen Rechts nicht vom Erlass eines anderen Aktes, insbesondere nicht vom Erlass der in Art. 70 Abs. 1 des Assoziationsabkommens EG-Algerien vorgesehenen Bestimmungen durch den Assoziationsrat, ab (vgl. in diesem Sinne Beschluss vom 13. Juni 2006, Echouikh, C-336/05, ECLI:EU:C:2006:394, Rn. 41 und die dort angeführte Rechtsprechung). Die Rolle, die diese Bestimmung dem Assoziationsrat zuweist, besteht darin, die Wahrung des Rechts auf freien Transfer der in Art. 68 Abs. 4 des Abkommens genannten Renten nach Algerien zu erleichtern; sie kann jedoch nicht so aufgefasst werden, als ob sie die unmittelbare Anwendung dieses Rechts von einer Bedingung abhängig machen würde (vgl. entsprechend Urteil vom 31. Januar 1991, Kziber, C-18/90, ECLI:EU:C:1991:36, Rn. 19).

34 Was zweitens den Gegenstand und die Natur des Assoziationsabkommens EG-Algerien betrifft, hat der Gerichtshof bereits zum einen entschieden, dass die Ziele dieses Abkommens, wie sie in dessen Art. 1 Abs. 2 vorgesehen sind, dieselben sind wie diejenigen, die mit dem Kooperationsabkommen EWG-Algerien verfolgt wurden (vgl. entsprechend Beschluss vom 13. Juni 2006, Echouikh, C-336/05, ECLI:EU:C:2006:394, Rn. 40), und zum anderen, dass das Ziel dieses Kooperationsabkommens, eine globale Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien, namentlich im Bereich der Arbeitskräfte, zu fördern, bestätigt, dass das in Art. 39 Abs. 1 des Kooperationsabkommens verankerte Diskriminierungsverbot geeignet ist, die Rechtsstellung des Einzelnen unmittelbar zu regeln, so dass diese Vorschrift unmittelbare Wirkung hat (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 15. Januar 1998, Babahenini, C-113/97, ECLI:EU:C:1998:13, Rn. 17 und 18 sowie die dort angeführte Rechtsprechung).

35 Somit müssen die Ziele des Assoziationsabkommens EG-Algerien, die den Willen erkennen lassen, die Ziele des Kooperationsabkommens EWG-Algerien zu

bekräftigen, erst recht als Bestätigung der unmittelbaren Wirkung des Rechts auf freien Transfer der in Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien genannten Renten nach Algerien angesehen werden (vgl. entsprechend Urteil vom 14. Dezember 2006, Gattoussi, C-97/05, [ECLI:EU:C:2006:780](#), Rn. 27).

36Nach alledem ist auf die zweite Frage zu antworten, dass Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien dahin auszulegen ist, dass er unmittelbare Wirkung entfaltet, so dass die Personen, auf die diese Bestimmung Anwendung findet, das Recht haben, sich vor den Gerichten der Mitgliedstaaten unmittelbar auf sie zu berufen, damit die mit ihr unvereinbaren nationalen Rechtsvorschriften unangewendet gelassen werden.

Zur ersten Frage

37Mit seiner ersten Frage möchte das vorlegende Gericht im Wesentlichen wissen, ob Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien dahin auszulegen ist, dass er auf die Hinterbliebenen eines Arbeitnehmers Anwendung findet, die ihre Hinterbliebenenleistungen nach Algerien transferieren möchten, selbst aber keine Arbeitnehmer sind, und die in Algerien wohnen.

38Hierzu ist erstens festzustellen, dass Art. 68 Abs. 4 ausdrücklich nur „[d]ie betreffenden Arbeitnehmer“ nennt, womit auf die in Abs. 1 dieses Artikels genannten „algerischen Arbeitnehmer“ Bezug genommen wird. Jedoch ist festzustellen, dass nach dem Wortlaut von Abs. 4 zu den Leistungen, die frei nach Algerien transferiert werden können, auch Hinterbliebenenrenten zählen. Per Definition sind es nicht die Arbeitnehmer, die solche Leistungen beziehen können, sondern ihre Hinterbliebenen. Daher würde Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien, wie auch der Generalanwalt in Nr. 44 der Schlussanträge ausgeführt hat, seiner praktischen Wirksamkeit beraubt, wenn die Hinterbliebenen vom persönlichen Anwendungsbereich dieser Vorschrift ausgenommen wären.

39In seiner schriftlichen Stellungnahme beruft sich der SVB, um einer solchen Schlussfolgerung entgegenzutreten, auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs zu Art. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. 1971, L 149, S. 2), nach der die Familienangehörigen eines Arbeitnehmers nur abgeleitete und keine eigenen Rechte hätten, was die Bestimmungen dieser Verordnung betreffe, die ausschließlich für Arbeitnehmer gälten (Urteile vom 30. April 1996, Cabanis-Issarte, [C-308/93](#), [ECLI:EU:C:1996:169](#), und vom 21. Februar 2006, Hosse, [C-286/03](#), [ECLI:EU:C:2006:125](#)).

40Der Gerichtshof hat jedoch wiederholt festgestellt, dass sich eine solche Rechtsprechung im Rahmen eines Abkommens wie dem Assoziationsabkommen EG-Algerien nicht übertragen lässt (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 15. Januar 1998, Babahenini, C-113/97, ECLI:EU:C:1998:13, Rn. 24 und die dort angeführte Rechtsprechung, sowie Beschluss vom 17. April 2007, El Youssfi, C-276/06, ECLI:EU:C:2007:215, Rn. 62 und die dort angeführte Rechtsprechung).

41Zweitens besteht zwar kein Zweifel daran, dass Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien anwendbar ist, wenn der Hinterbliebene im Schuldnermitgliedstaat wohnt, jedoch widerspräche es, wie der Generalanwalt im Wesentlichen in den Nrn. 46 und 47 seiner Schlussanträge ausgeführt hat, der dem Grundsatz des freien Transfers von Leistungen nach Algerien zugrunde liegenden Logik, zu verlangen, dass der Leistungsempfänger im Schuldnermitgliedstaat wohnt.

42Daher ist auf die erste Frage zu antworten, dass Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien dahin auszulegen ist, dass er auf die Hinterbliebenen eines Arbeitnehmers Anwendung findet, die ihre Hinterbliebenenleistungen nach Algerien transferieren möchten, selbst aber keine Arbeitnehmer sind, und die in Algerien wohnen.

Zur dritten Frage

43Mit seiner dritten Frage möchte das vorlegende Gericht im Wesentlichen wissen, ob Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien dahin auszulegen ist, dass er einer Kürzung des Betrags einer Hinterbliebenenleistung aufgrund des Umstands, dass der Leistungsempfänger in Algerien wohnt, entgegensteht.

44Aus der Vorlageentscheidung geht hervor, dass sich die im Ausgangsverfahren in Rede stehende Kürzung aus dem Gesetz über das Wohnstaatsprinzip im Bereich der sozialen Sicherheit ergibt, mit dem dieses Prinzip u. a. für die gemäß der ANW gezahlten Hinterbliebenenleistungen eingeführt wurde. Dieses Prinzip soll sicherstellen, dass die vom niederländischen Mindestlohn abhängigen Leistungen, die außerhalb der Niederlande ausgezahlt werden, dem Verhältnis der Lebenshaltungskosten des Wohnstaats des Leistungsempfängers zu den Lebenshaltungskosten in den Niederlanden entsprechen. Die im Ausgangsverfahren in Rede stehende Hinterbliebenenleistung gehört gerade zu den vom niederländischen Mindestlohn abhängigen Leistungen, da ihr Nettobetrag nach Art. 17 Abs. 1 ANW 70% dieses Nettomindestlohns entspricht.

45In diesem Zusammenhang hat der SVB in der mündlichen Verhandlung darauf hingewiesen, dass es sich um einen Höchstprozentsatz handle, da die Höhe der Leistung, die jeder Hinterbliebene erhalte, im Verhältnis zu dessen Einkommen berechnet werde. Außerdem hat die niederländische Regierung in der mündlichen

Verhandlung ausgeführt, dass die Hinterbliebenenleistungen eine Risikoversicherung darstellten und dass die Höhe der für diese Leistungen gezahlten Beiträge für alle Versicherten gleich sei. Sie verwies auch darauf, dass der Mindestlohn in den Niederlanden an die Lebenshaltungskosten in diesem Mitgliedstaat angepasst werde.

46Es ist darauf hinzuweisen, dass Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien das Recht auf freien Transfer der dort genannten Leistungen nach Algerien „zu den nach den Rechtsvorschriften des Schuldnermitgliedstaates bzw. der Schuldnermitgliedstaaten geltenden Sätzen“ vorsieht.

47Aus dieser Klarstellung ergibt sich, wie der Generalanwalt im Wesentlichen in Nr. 57 der Schlussanträge ausgeführt hat, dass es im Ermessen des Schuldnermitgliedstaats steht, die Regeln für die Berechnung der in Art. 68 Abs. 4 des Abkommens genannten Leistungen aufzustellen. Insbesondere ist diese Klarstellung, da sie in der Bestimmung des Abkommens über den Transfer dieser Leistungen nach Algerien enthalten ist, dahin auszulegen, dass sie es diesem Mitgliedstaat grundsätzlich gestattet, Regeln wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende Regel, die auf dem Wohnstaatsprinzip beruht, vorzusehen, um die Höhe der Leistungen anlässlich des Transfers anzupassen.

48Jedoch dürfen solche Regeln das Recht auf freien Transfer von Leistungen nicht aushöhlen und es nicht seiner praktischen Wirksamkeit berauben (vgl. entsprechend Urteil vom 8. Mai 2003, Deutscher Handballbund, C-438/00, ECLI:EU:C:2003:255, Rn. 29 und die dort angeführte Rechtsprechung).

49Aus den in den Rn. 44 und 45 des vorliegenden Urteils dargelegten Kriterien, die die im Ausgangsverfahren in Rede stehende Hinterbliebenenleistung kennzeichnen, ergibt sich, dass ihre Höhe in Abhängigkeit von den Lebenshaltungskosten in den Niederlanden festgesetzt wird und dass mit dieser Leistung daher sichergestellt werden soll, dass die Hinterbliebenen über ein Grundeinkommen verfügen, das in Abhängigkeit von den Lebenshaltungskosten in diesem Mitgliedstaat berechnet wird. Was den in Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien vorgesehenen Transfer dieser Leistung nach Algerien betrifft, vermag der Umstand, dass ihre Höhe angepasst wird, um den Lebenshaltungskosten in diesem Drittland Rechnung zu tragen, das Recht auf freien Transfer nicht auszuhöhlen, sofern die Bestimmung der für diese Anpassung verwendeten Sätze anhand objektiver Kriterien erfolgt, was zu prüfen Sache des vorlegenden Gerichts ist.

50Was schließlich den Umstand anbelangt, dass Art. 4 des Entwurfs eines Beschlusses des Assoziationsrats u. a. das Verbot vorsieht, eine solche Leistung, die gemäß den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats geschuldet wird, deshalb zu

kürzen, weil ihr Empfänger seinen Wohnsitz in Algerien hat, ist festzustellen, dass dieser Entwurf, der noch nicht vom Assoziationsrat angenommen worden ist, nicht die gleichen Wirkungen entfalten kann wie diejenigen, die einer entsprechenden Bestimmung, nämlich Art. 6 Abs. 1 des Beschlusses Nr. 3/80 des Assoziationsrats vom 19. September 1980 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf türkische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige (ABl. 1983, C 110, S. 60), durch das Urteil vom 26. Mai 2011, Akdas u. a. ([C-485/07](#), [ECLI:EU:C:2011:346](#)) zuerkannt worden sind.

51 Nach alledem ist auf die dritte Frage zu antworten, dass Art. 68 Abs. 4 des Assoziationsabkommens EG-Algerien dahin auszulegen ist, dass er der Kürzung einer Hinterbliebenenleistung aufgrund des Umstands, dass der Leistungsempfänger in Algerien wohnt, nicht entgegensteht, wenn mit dieser Leistung bezweckt wird, ein Grundeinkommen zu sichern, das in Abhängigkeit von den Lebenshaltungskosten im Schuldnermitgliedstaat berechnet wird, und wenn die vorgenommene Kürzung nicht das Recht auf freien Transfer einer solchen Leistung aushöhlt.

Kosten

52 Für die Parteien des Ausgangsverfahrens ist das Verfahren ein Zwischenstreit in dem beim vorlegenden Gericht anhängigen Verfahren; die Kostenentscheidung ist daher Sache dieses Gerichts. Die Auslagen anderer Beteiligter für die Abgabe von Erklärungen vor dem Gerichtshof sind nicht erstattungsfähig.

Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof (Zweite Kammer) für Recht erkannt:

1. Art. 68 Abs. 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits

ist dahin auszulegen, dass

er unmittelbare Wirkung entfaltet, so dass die Personen, auf die diese Bestimmung Anwendung findet, das Recht haben, sich vor den Gerichten der Mitgliedstaaten unmittelbar auf sie zu berufen, damit die mit ihr unvereinbaren nationalen Rechtsvorschriften unangewendet gelassen werden.

2. Art. 68 Abs. 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits

ist dahin auszulegen, dass

er auf die Hinterbliebenen eines Arbeitnehmers Anwendung findet, die ihre Hinterbliebenenleistungen nach Algerien transferieren möchten, selbst aber keine Arbeitnehmer sind, und die in Algerien wohnen.

3. Art. 68 Abs. 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits

ist dahin auszulegen, dass

er der Kürzung einer Hinterbliebenenleistung aufgrund des Umstands, dass der Leistungsempfänger in Algerien wohnt, nicht entgegensteht, wenn mit dieser Leistung bezweckt wird, ein Grundeinkommen zu sichern, das in Abhängigkeit von den Lebenshaltungskosten im Schuldnermitgliedstaat berechnet wird, und wenn die vorgenommene Kürzung nicht das Recht auf freien Transfer einer solchen Leistung aushöhlt.

Unterschriften

Text1

JUDGMENT OF THE COURT (Second Chamber)

29 February 2024 *

In Case C-549/22,

REQUEST for a preliminary ruling under Article 267 TFEU from the Centrale Raad van Beroep (Higher Social Security and Civil Service Court, Netherlands), made by decision of 15 August 2022, received at the Court on 18 August 2022, in the proceedings

X

v

Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank,

THE COURT (Second Chamber),

composed of A. Prechal, President of the Chamber, F. Biltgen, N. Wahl, J. Passer and M.L. Arastey Sahún (Rapporteur), Judges,

Advocate General: A.M. Collins,

Registrar: D. Dittert, Head of Unit,

having regard to the written procedure and further to the hearing on 28 June 2023,

after considering the observations submitted on behalf of:

- the Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank, by C. Speear, W. van den Berg and M. Van der Ent-Eltink, acting as advisors,

- the Netherlands Government, by M.K. Bulterman and H.S. Gijzen, acting as Agents,

- the European Commission, by B.-R. Killmann, D. Martin and F. van Schaik, acting as Agents,

after hearing the Opinion of the Advocate General at the sitting on 12 October 2023,

gives the following

Judgment

Tenor:

1. Article 68(4) of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part,

must be interpreted as having direct effect, so that persons to whom that provision applies are entitled to rely on it directly before the Member States' courts to have rules of national law which are contrary to it disapplied.

2. Article 68(4) of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part,

must be interpreted as applying to the survivors of a worker who, wishing to transfer their survivors' benefit to Algeria, are not themselves workers and who reside in Algeria.

3. Article 68(4) of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part,

must be interpreted as not precluding a reduction in the amount of a survivors' benefit by reason of the fact that the recipient of that benefit resides in Algeria, where that benefit is intended to guarantee a basic income calculated on the basis of the cost of living in the debtor Member State and the reduction thus effected respects the substance of the right to transfer freely such a benefit.

Gründe:

1This request for a preliminary ruling concerns the interpretation of Article 68(4) of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part (OJ 2005 L 265, p. 2; 'the EC-Algeria Association Agreement').

2The request has been made in proceedings between X and the Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank (Board of Management of the Social Insurance Bank, Netherlands) ('the SVB') concerning the reduction in the amount of the survivors' benefit paid to X on account of her residence in Algeria.

Legal context

European Union law

The EC-Algeria Association Agreement

3The EC-Algeria Association Agreement was signed in Valencia (Spain) on 22 April 2002 and approved on behalf of the European Community by Council Decision

2005/690/EC of 18 July 2005 (OJ 2005 L 265, p. 1). In accordance with Article 110(1) thereof, it entered into force on 1 September 2005, as notified in the Official Journal of the European Union (OJ 2005 L 292, p. 10). Furthermore, under Article 110(2) thereof, upon its entry into force, it replaced the Cooperation Agreement between the European Economic Community and the People's Democratic Republic of Algeria, signed in Algiers (Algeria) on 26 April 1976 and approved on behalf of the Community by Council Regulation (EEC) No 2210/78 of 26 September 1978 (OJ 1978 L 263, p. 1; 'the EEC-Algeria Cooperation Agreement').

4Article 1 of the EC-Algeria Association Agreement provides:

'1. An Association is hereby established between the Community and its Member States of the one part and Algeria of the other part.

2. The aims of this Agreement are to:

- provide an appropriate framework for political dialogue between the Parties, allowing the development of close relations and cooperation in all areas they consider relevant to such dialogue,
- promote trade and the expansion of harmonious economic and social relations between the Parties and establish the conditions for the gradual liberalisation of trade in goods, services and capital,
- facilitate human exchanges, particularly in the context of administrative procedures,
- encourage integration of the Maghreb countries by promoting trade and cooperation within the Maghreb group and between it and the Community and its Member States,
- promote economic, social, cultural and financial cooperation.'

5Article 68 of that agreement reads as follows:

„1. Subject to the provisions of the following paragraphs, workers of Algerian nationality and any members of their families living with them shall enjoy, in the field of social security, treatment free from any discrimination based on nationality relative to nationals of the Member States in which they are employed.“

The term "social security" shall cover the branches of social security dealing with sickness and maternity benefits, invalidity, old-age and survivors' benefits, industrial accident and occupational disease benefits and death, unemployment and family benefits.

These provisions shall not, however, cause the other coordination rules provided for in Community legislation based on Article [48] of the [FEU Treaty] to apply, except under the conditions set out in Article 70 of this Agreement.

...

4. The workers in question shall be able to transfer freely to Algeria, at the rates applied by virtue of the legislation of the debtor Member State or States, any pensions or annuities in respect of old age, survivor status, industrial accident or occupational disease, or of invalidity resulting from industrial accident or occupational disease, except in the case of special non-contributory benefits.

...'

6Article 70 of that agreement provides:

'1. Before the end of the first year following the entry into force of this Agreement, the Association Council shall adopt provisions to implement the principles set out in Article 68.

2. The Association Council shall adopt detailed rules for administrative cooperation providing the necessary management and monitoring guarantees for the application of the provisions referred to in paragraph 1.'

The draft Decision of the Association Council

7Council Decision 2010/699/EU of 21 October 2010 on the position to be taken by the European Union within the Association Council set up by the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part, with regard to the adoption of provisions on the coordination of social security systems (OJ 2010 L 306, p. 14) contains, as an annex, a draft decision of the Association Council ('the draft Decision of the Association Council') which is intended to implement Article 70 of that agreement.

8That draft was adopted by the Council of the European Union on the basis of the draft Decision of the Association Council annexed to the Proposal for a Council Decision presented by the European Commission on 12 December 2007 (COM(2007) 790 final).

9Article 1(1) of the draft Decision of the Association Council provides:

'For the purposes of this Decision:

... (i) "exportable benefits" means:

(i) in relation to the Member States:

...

- survivors' pensions,

... within the meaning of [Regulation (EC) No 883/2004 of the European Parliament and of the Council of 29 April 2004 on the coordination of social security systems (OJ

2004 L 166, p. 1, and corrigendum OJ 2004 L 200, p. 1)], with the exception of special non-contributory cash benefits as listed in Annex X to the Regulation;

...'

10Article 2 of that draft, entitled 'Persons covered', is worded as follows:

„This Decision shall apply:

(a) to workers who are Algeria nationals and who are or have been legally employed in the territory of a Member State and who are or have been subject to the legislation of one or more Member States, and their survivors;

...'

11Article 4 of that draft, entitled 'Waiving of Residence Clauses', provides in paragraph 1:

'Exportable benefits within the meaning of Article 1(1)(i) to which the persons as referred to in Article 2(a) and (c) are entitled shall not be subject to any reduction, modification, suspension, withdrawal or confiscation by reason of the fact that the beneficiary is residing:

(i) for the purpose of a benefit under the legislation of a Member State, within the territory of Algeria; or (ii) for the purpose of a benefit under the legislation of Algeria, within the territory of a Member State.'

Netherlands law

The ANW

12Article 14(1) of the Algemene nabestaandenwet (General law on survivors' insurance; 'the ANW') is worded as follows:

'The surviving relative shall be entitled to survivors' benefit, if he or she:

(a) has an unmarried child who is under the age of 18 and is not a member of another person's household; or (b) is incapacitated for work

...'

13Article 17(1) and (3) of the ANW, as amended by the Wet woonlandbeginsel in de sociale zekerheid (Law on country-of-residence principle in social security), which entered into force on 1 July 2012, provides:

'(1) The gross survivors' benefit shall be fixed at such an amount that, after deduction of the wage tax and national insurance contributions that are to be withheld on that amount for a person who has not yet reached retirement age, taking into account only the general tax credit referred to in Article 22 of the Wet op de loonbelasting 1964

(Law of 1964 on wage tax), the net survivors' benefit is equal to 70% of the net minimum wage."

...

(3) For a surviving relative who is living outside the Netherlands, one of the other Member States of the European Union, another State party to the Agreement on the [European Economic Area] or Switzerland, the gross survivors' benefit shall be a percentage fixed by ministerial order of the amount determined pursuant to paragraphs 1, 2 or 5. The percentage shall be determined in such a way as to reflect the relationship between the level of costs of the country in which the survivor is resident and that of the Netherlands. The percentage shall not exceed 100.'

The Regulation on the country-of-residence principle

14Article 1 of the Regeling woonlandbeginsel in de sociale zekerheid 2012 (Regulation of 2012 on the country-of-residence principle in social security; 'the Regulation on the country-of-residence principle') provides:

'The percentage referred to ... in Article 17(3) ... of the ANW ... for a country of residence other than:

(a) the Netherlands,

(b) one of the other Member States of the European Union,

(c) one of the other States parties to the Agreement on the European Economic Area, and (d) Switzerland shall be the percentage set out in the Annex to this Regulation.'

15In accordance with the annex to that regulation, with regard to Algeria, the country-of-residence factor referred to in Article 1 of the Regulation on the country-of-residence principle is to be 60% from 1 January 2013 and 40% from 1 January 2016.

The dispute in the main proceedings and the questions referred for a preliminary ruling

16X resides in Algeria. Her husband worked in the Netherlands and was insured under the ANW at the time of his death. As the survivor of her spouse, she has been entitled to a survivors' benefit under the ANW since 1 January 1999.

17By decisions of 19 September 2018, first, the SVB, following a judgment of the rechtbank Amsterdam (District Court, Amsterdam, Netherlands) of 10 November 2016, reinstated, with retroactive effect, X's survivors' benefit, which it had terminated on 1 November 2012. Second, the SVB informed X that that survivors' benefit would be reduced with effect from 1 January 2013 on the ground that, from that date, it should have been paid in accordance with the country-of-residence principle, namely on the basis of a percentage reflecting the level of the cost of living in that country in

relation to the cost of living in the Netherlands. In accordance with the provisions of the annex to the Regulation on the country-of-residence principle, that percentage was fixed, for Algeria, at 60% of the maximum survivors' benefit as from 1 January 2013, and at 40% of that maximum amount as from 1 January 2016.

18X lodged a complaint against that decision, which was declared unfounded by decision of the SVB of 4 December 2018.

19The rechtbank Amsterdam (District Court, Amsterdam) having declared the action brought against that latter decision unfounded, X lodged an appeal before the Centrale Raad van Beroep (Higher Social Security and Civil Service Court, Netherlands), which is the referring court.

20The referring court notes that the parties disagree as to whether Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement precludes a reduction in the amount of X's survivors' benefit, based on the country-of-residence principle.

21In that regard, first, that court has doubts as to whether a person such as X is within the personal scope of that provision. It points out that that provision, unlike Article 68(1) and (3) of the EC-Algeria Association Agreement, refers only to workers and not to members of their families.

22Furthermore, on the assumption that survivors, as recipients of benefits, are within the scope of Article 68(4) of that agreement, the referring court asks whether only survivors residing in the Netherlands are able to transfer freely the amounts of their benefits to Algeria or whether, as it tends to consider, those residing in Algeria may also rely on that provision.

23Second, the referring court asks whether Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement has direct effect. In its view, Article 68 of that agreement lays down a certain number of general principles, but, in accordance with Article 70 of that agreement, the precise substantive content of those principles and the detailed rules for cooperation between the States which are parties to that agreement are governed by a decision of the Association Council. However, that court considers that, by analogy with, *inter alia*, the judgments of 31 January 1991, Kziber ([C-18/90](#), [ECLI:EU:C:1991:36](#)), and of 5 April 1995, Krid ([C-103/94](#), [ECLI:EU:C:1995:97](#)), and the orders of 13 June 2006, Echouikh ([C-336/05](#), [ECLI:EU:C:2006:394](#)), and of 17 April 2007, El Youssfi ([C-276/06](#), [ECLI:EU:C:2007:215](#)), the need to adopt such a decision does not prevent certain elements of Article 68, such as the prohibition of discrimination in the field of social security, in paragraph 1 of that article, from having direct effect.

24As regards, more specifically, Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement, the referring court considers that neither the wording nor the purpose and

nature of that agreement, as set out in Article 1 thereof, preclude that provision from being recognised as having direct effect. Nevertheless, it recognises that the obligation to export benefits for persons residing in Algeria could be made subject, in its implementation, to the adoption of a subsequent measure, namely a measure which adopts detailed rules for administrative cooperation providing the necessary management and monitoring guarantees referred to in Article 70(2) of that agreement.

25 Thirdly and lastly, the referring court asks whether Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement precludes a reduction in benefits by virtue of the country-of-residence principle. It considers that, even though the draft Decision of the Association Council annexed to the proposal referred to in paragraph 8 of the present judgment has not yet been adopted, Article 4 of that draft decision could provide guidance on the scope of Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement, suggesting that that provision lays down the principle of the prohibition of residence clauses.

26 In those circumstances, the Centrale Raad van Beroep (Higher Social Security and Civil Service Court) decided to stay the proceedings and to refer the following questions to the Court of Justice for a preliminary ruling:

‘(1) Must Article 68(4) of the [EC-Algeria] Association Agreement be interpreted as applying to a survivor of a deceased worker who resides in Algeria and who wishes to export her survivors’ benefit to Algeria?

If so,

(2) Must Article 68(4) of the [EC-Algeria] Association Agreement, having regard to its wording and to its purpose and nature, be interpreted as having direct effect, so that persons to whom that provision applies are entitled to rely on it directly before the Member States’ courts to have rules of national law which are contrary to it disapplied?

If so,

(3) Must Article 68(4) of the [EC-Algeria] Association Agreement be interpreted as precluding the application of the country-of-residence principle, as referred to in Article 17(3) of the [ANW], which results in a restriction on the export of the survivors’ benefit to Algeria?’

The questions referred for a preliminary ruling

The second question

27 By its second question, which it is appropriate to examine first, the referring court asks, in essence, whether Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement must

be interpreted as having direct effect, so that persons to whom that provision applies are entitled to rely on it directly before the Member States' courts to have rules of national law which are contrary to it disapplied.

28It follows from Article 68(4) that workers of Algerian nationality are able to transfer freely to Algeria, at the rates applied by virtue of the legislation of the debtor Member State or States, any pensions or annuities in respect of old age, survivor status, industrial accident or occupational disease, or of invalidity resulting from an industrial accident or occupational disease, except in the case of special non-contributory benefits.

29Furthermore, it is apparent from Article 70 of the EC-Algeria Association Agreement that, before the end of the first year after the entry into force of that agreement, the Association Council is to adopt (i) the provisions to implement the principles set out in Article 68 and (ii) detailed rules for administrative cooperation providing the necessary management and monitoring guarantees for the application of those provisions. Nevertheless, although the Council adopted Decision 2010/699, referred to in paragraph 7 of the present judgment, containing in an annex a draft decision of the Association Council intended to implement Article 70 of that agreement, those provisions, which should have been adopted by the Association Council before the end of the first year following 1 September 2005, the date on which the EC-Algeria Association Agreement entered into force, have still not been adopted.

30As regards the possible direct effect of Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement, it must be borne in mind that, according to the Court's settled case-law, a provision in an agreement concluded by the European Union with non-Member States must be regarded as being directly applicable when, regard being had to its wording and to the purpose and nature of the agreement itself, the provision contains a clear and precise obligation which is not subject, in its implementation or effects, to the adoption of any subsequent measure (see, to that effect, judgments of 30 September 1987, *Demirel*, 12/86, [ECLI:EU:C:1987:400](#), paragraph 14, and of 26 May 2011, *Akdas and Others*, [C-485/07](#), [ECLI:EU:C:2011:346](#), paragraph 67 and the case-law cited).

31In the present case, it must be held, first, that Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement establishes in clear, precise and unconditional terms the right to transfer freely to Algeria the pensions and annuities referred to in that provision, at the rates applied by virtue of the legislation of the debtor Member State. Thus, according to its actual wording, that provision imposes on the Member States a clear and precise obligation as to the result to be achieved, consisting of enabling the persons concerned to make such a free transfer, an obligation which is not, as such, subject, in its implementation or effects, to the adoption of any subsequent measure.

32It is true that the right to transfer freely is not absolute, since its actual effects in each individual case will depend, as Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement states, on the 'rates applied by virtue of the legislation of the debtor Member State or States'. However, that wording cannot be interpreted as allowing the Member States to make the right to transfer freely subject to discretionary limitations and thus to render that right meaningless (see, by analogy, judgment of 8 May 2003, *Deutscher Handballbund*, [C-438/00](#), [ECLI:EU:C:2003:255](#), paragraph 29 and the case-law cited).

33Moreover, the implementation or effects of the right provided for in that provision are not subject to the adoption of another measure, in particular the adoption, by the Association Council, of the provisions referred to in Article 70(1) of the EC-Algeria Association Agreement (see, to that effect, order of 13 June 2006, *Echouikh*, [C-336/05](#), [ECLI:EU:C:2006:394](#), paragraph 41 and the case-law cited). The role assigned to that association council by that latter provision consists in facilitating compliance with the right to transfer freely to Algeria the pensions and annuities referred to in Article 68(4) of that agreement, but may not be regarded as rendering conditional the immediate application of that right (see, by analogy, judgment of 31 January 1991, *Kziber*, [C-18/90](#), [ECLI:EU:C:1991:36](#), paragraph 19).

34As regards, in the second place, the purpose and nature of the EC-Algeria Association Agreement, the Court has already held (i) that the objectives of that agreement, as provided for in Article 1(2) thereof, directly further those on which the EEC-Algeria Cooperation Agreement was based (see, by analogy, order of 13 June 2006, *Echouikh*, [C-336/05](#), [ECLI:EU:C:2006:394](#), paragraph 40), and (ii) that the object of the latter agreement, consisting in promoting overall cooperation between the Contracting Parties in particular in the field of labour, confirmed that the principle of non-discrimination enshrined in Article 39(1) of that cooperation agreement was capable of governing directly the legal position of individuals, so that that provision had direct effect (see, to that effect, judgment of 15 January 1998, *Babahenini*, [C-113/97](#), [ECLI:EU:C:1998:13](#), paragraphs 17 and 18 and the case-law cited).

35Thus, the objectives of the EC-Algeria Association Agreement, which show a desire to strengthen and deepen the objectives of the EEC-Algeria Cooperation Agreement, must a fortiori be regarded as confirming the direct effect of the right to transfer freely to Algeria the pensions and annuities referred to in Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement (see, by analogy, judgment of 14 December 2006, *Gattoussi*, [C-97/05](#), [ECLI:EU:C:2006:780](#), paragraph 27).

36In the light of the foregoing considerations, the answer to the second question is that Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement must be interpreted as having direct effect, so that persons to whom that provision applies are entitled to

rely on it directly before the Member States' courts to have rules of national law which are contrary to it disapplied.

The first question

37By its first question, the referring court asks, in essence, whether Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement must be interpreted as applying to the survivors of a worker who, wishing to transfer their survivors' benefit to Algeria, are not themselves workers and who reside in Algeria.

38In that regard, it should be noted, in the first place, that Article 68(4) expressly refers only to 'the workers in question', which refers back to 'workers of Algerian nationality' mentioned in paragraph 1 of that article. However, it is clear that, in accordance with the wording of that paragraph 4, the benefits which may be transferred freely to Algeria include pensions or annuities in respect of survivor status. By definition, it is not the workers, but their survivors, who are eligible for such benefits. Therefore, and as the Advocate General observed in point 44 of his Opinion, Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement would be deprived of its useful effect if those survivors were excluded from its personal scope.

39In its written observations, the SVB relies on the case-law of the Court relating to Article 2 of Council Regulation (EEC) No 1408/71 of 14 June 1971 on the application of social security schemes to employed persons and their families moving within the Community (OJ English Special Edition 1971(II), p. 420), according to which the members of a worker's family have only derived rights, and not their own rights, as regards the provisions of that regulation which apply exclusively to workers (judgments of 30 April 1996, Cabanis-Issarte, [C-308/93](#), [ECLI:EU:C:1996:169](#), and of 21 February 2006, Hosse, [C-286/03](#), [ECLI:EU:C:2006:125](#)).

40However, it must be borne in mind that the Court has held on several occasions that such case-law cannot be applied in the context of an agreement such as the EC-Algeria Association Agreement (see, to that effect, judgment of 15 January 1998, Babahenini, [C-113/97](#), [ECLI:EU:C:1998:13](#), paragraph 24 and the case-law cited, and order of 17 April 2007, El Youssfi, [C-276/06](#), [ECLI:EU:C:2007:215](#), paragraph 62 and the case-law cited).

41In the second place, while there is no doubt that Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement applies where the survivor resides in the debtor Member State, it should be pointed out that it would run counter to the logic underlying the very principle of the free transfer of benefits to Algeria to require that the recipient be obliged to reside in the debtor Member State, as the Advocate General observed, in essence, in points 46 and 47 of his Opinion.

42 Consequently, the answer to the first question is that Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement must be interpreted as applying to the survivors of a worker who, wishing to transfer their survivors' benefit to Algeria, are not themselves workers and who reside in Algeria.

The third question

43 By its third question, the referring court asks, in essence, whether Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement must be interpreted as precluding a reduction in the amount of a survivors' benefit by reason of the fact that the recipient of that benefit resides in Algeria.

44 It is apparent from the order for reference that the reduction at issue in the main proceedings stems from the Law on country-of-residence principle in social security, which introduced that principle in particular in relation to survivors' benefits paid under the ANW. Moreover, that principle seeks to ensure that benefits linked to the Netherlands minimum wage and which are paid outside the Netherlands reflect the relationship between the level of the cost of living in the recipient's country of residence and that of the cost of living in the Netherlands. The survivors' benefit at issue in the main proceedings is specifically one of the benefits linked to the Netherlands minimum wage, since, in accordance with Article 17(1) of the ANW, its net amount is equivalent to 70% of that net minimum wage.

45 In that regard, at the hearing, the SVB stated that that is a maximum percentage, as the amount of the benefit received by each survivor is calculated on the basis of the survivor's income. Furthermore, at that hearing, the Netherlands Government stated that the survivors' benefit is risk insurance and that the amount of the contributions paid in respect of that benefit is the same for all insured persons. It also stated that the minimum wage in the Netherlands is adjusted in line with the cost of living in that Member State.

46 It should be recalled that Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement provides for the right to transfer freely the benefits referred to therein to Algeria 'at the rates applied by virtue of the legislation of the debtor Member State or States'.

47 It follows from that clarification that, as the Advocate General observed, in essence, in point 57 of his Opinion, the debtor Member State has a discretion in establishing rules for calculating the amount of the benefits referred to in Article 68(4). More specifically, in so far as that clarification appears in the provision of that agreement concerning the transfer of those benefits to Algeria, it must be interpreted as allowing, in principle, that Member State to lay down rules designed to adjust the amount of those benefits on the occasion of that transfer, such as the rule based on the country-of-residence principle at issue in the main proceedings.

48However, such rules must respect the substance of the right to transfer freely benefits, without depriving that right of its practical effect (see, by analogy, judgment of 8 May 2003, *Deutscher Handballbund*, [C-438/00](#), [ECLI:EU:C:2003:255](#), paragraph 29 and the case-law cited).

49It is apparent from the factors characterising the survivors' benefit at issue in the main proceedings, which are set out in paragraphs 44 and 45 of the present judgment, that the amount of that benefit is fixed on the basis of the cost of living in the Netherlands and that, consequently, that benefit is intended to ensure that survivors have a basic income calculated on the basis of the cost of living in that Member State. Therefore, as regards the transfer of that benefit to Algeria, as provided for in Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement, the fact of adjusting the amount of that benefit in order to take account of the cost of living in that non-member country does not appear to be liable to render meaningless the right to transfer freely, provided that the determination of the rate used for the purposes of that adjustment is based on objective factors, which it is for the referring court to ascertain.

50Finally, as regards the fact that Article 4 of the draft Decision of the Association Council provides for the prohibition, *inter alia*, of any reduction in the amount of such a benefit payable under the legislation of a Member State on account of the fact that the recipient resides in Algeria, it must be pointed out that, since that draft has not yet been adopted by the Association Council, it cannot have effects similar to those which an analogous provision, namely Article 6(1) of Decision No 3/80 of the Association Council of 19 September 1980 on the application of the social security schemes of the Member States of the European Communities to Turkish workers and members of their families (OJ 1983 C 110, p. 60), was recognised as having in the judgment of 26 May 2011, *Akdas and Others* ([C-485/07](#), [ECLI:EU:C:2011:346](#)).

51In the light of the foregoing considerations, the answer to the third question is that Article 68(4) of the EC-Algeria Association Agreement must be interpreted as not precluding a reduction in the amount of a survivors' benefit by reason of the fact that the recipient of that benefit resides in Algeria, where that benefit is intended to guarantee a basic income calculated on the basis of the cost of living in the debtor Member State and the reduction thus effected respects the substance of the right to transfer freely such a benefit.

Costs

52Since these proceedings are, for the parties to the main proceedings, a step in the action pending before the national court, the decision on costs is a matter for that court. Costs incurred in submitting observations to the Court, other than the costs of those parties, are not recoverable.

On those grounds, the Court (Second Chamber) hereby rules:

1. Article 68(4) of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part,

must be interpreted as having direct effect, so that persons to whom that provision applies are entitled to rely on it directly before the Member States' courts to have rules of national law which are contrary to it disapplied.

2. Article 68(4) of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part,

must be interpreted as applying to the survivors of a worker who, wishing to transfer their survivors' benefit to Algeria, are not themselves workers and who reside in Algeria.

3. Article 68(4) of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part,

must be interpreted as not precluding a reduction in the amount of a survivors' benefit by reason of the fact that the recipient of that benefit resides in Algeria, where that benefit is intended to guarantee a basic income calculated on the basis of the cost of living in the debtor Member State and the reduction thus effected respects the substance of the right to transfer freely such a benefit.

Signatures

Text1

ARRÊT DE LA COUR (deuxième chambre)

29 février 2024 *

Dans l'affaire C-549/22,

ayant pour objet une demande de décision préjudicielle au titre de l'article 267 TFUE, introduite par le Centrale Raad van Beroep (cour d'appel en matière de sécurité sociale et de fonction publique, Pays-Bas), par décision du 15 août 2022, parvenue à la Cour le 18 août 2022, dans la procédure

X

contre

Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank,

LA COUR (deuxième chambre),

composée de Mme A. Prechal, présidente de chambre, MM. F. Biltgen, N. Wahl, J. Passer et Mme M. L. Arastey Sahún (rapporteure), juges,

avocat général : M. A. M. Collins,

greffier : M. D. Dittert, chef d'unité,

vu la procédure écrite et à la suite de l'audience du 28 juin 2023,

considérant les observations présentées :

- pour le Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank, par Mme C. Speear, M. W. van den Berg et Mme M. Van der Ent-Eltink, en qualité de conseillers,

- pour le gouvernement néerlandais, par Mmes M. K. Bulterman et M. H. S. Gijzen, en qualité d'agents,

- pour la Commission européenne, par MM. B.-R. Killmann, D. Martin et Mme F. van Schaik, en qualité d'agents,

ayant entendu l'avocat général en ses conclusions à l'audience du 12 octobre 2023,

rend le présent

Arrêt

Tenor:

1) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République Algérienne démocratique et populaire, d'autre part,

doit être interprété en ce sens que :

il est doté d'effet direct, de sorte que les personnes auxquelles cette disposition s'applique ont le droit de s'en prévaloir directement devant les juridictions des États membres pour faire écarter l'application des règles de droit national qui lui sont contraires.

2) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République Algérienne démocratique et populaire, d'autre part,

doit être interprété en ce sens que :

il s'applique aux survivants d'un travailleur qui, souhaitant transférer leur prestation de survie vers l'Algérie, ne sont pas eux-mêmes des travailleurs et qui résident en Algérie.

3) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République Algérienne démocratique et populaire, d'autre part,

doit être interprété en ce sens que :

il ne s'oppose pas à la réduction du montant d'une prestation de survie en raison du fait que le bénéficiaire de cette prestation réside en Algérie, lorsque cette prestation vise à garantir un revenu de base calculé en fonction du coût de la vie dans l'État

membre débiteur et que la réduction ainsi opérée respecte la substance du droit au libre transfert d'une telle prestation.

Gründe:

1La demande de décision préjudicielle porte sur l'interprétation de l'article 68, paragraphe 4, de l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République Algérienne démocratique et populaire, d'autre part (JO 2005, L 265, p. 2, ci-après l'« accord d'association CE-Algérie »).

2Cette demande a été présentée dans le cadre d'un litige opposant X au Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank (conseil d'administration de la banque des assurances sociales, Pays-Bas) (ci-après le « SVB ») au sujet de la réduction du montant de la prestation de survie versée à X en raison de sa résidence en Algérie.

Le cadre juridique

Le droit de l'Union

L'accord d'association CE-Algérie

3L'accord d'association CE-Algérie a été signé à Valence (Espagne) le 22 avril 2002 et approuvé au nom de la Communauté européenne par la décision 2005/690/CE du Conseil, du 18 juillet 2005 (JO 2005, L 265, p. 1). Conformément à son article 110, paragraphe 1, il est entré en vigueur le 1^{er} septembre 2005, tel qu'il ressort de l'information publiée au Journal officiel de l'Union européenne (JO 2005, L 292, p. 10). En outre, en vertu de son article 110, paragraphe 2, dès son entrée en vigueur, il a remplacé l'accord de coopération entre la Communauté économique européenne et la République algérienne démocratique et populaire, signé à Alger (Algérie) le 26 avril 1976 et approuvé au nom de la Communauté par le règlement (CEE) n° 2210/78 du Conseil, du 26 septembre 1978 (JO 1978, L 263, p. 1, ci-après l'« accord de coopération CEE-Algérie »).

4L'article 1^{er} de l'accord d'association CE-Algérie prévoit :

« 1. Il est établi une association entre la Communauté et ses États membres, d'une part, et l'Algérie, d'autre part.

2. Le présent accord a pour objectifs de :

- fournir un cadre approprié au dialogue politique entre les parties afin de permettre le renforcement de leurs relations et de leur coopération dans tous les domaines qu'elles estimeront pertinents,

- développer les échanges, assurer l'essor de relations économiques et sociales équilibrées entre les parties, et fixer les conditions de la libéralisation progressive des échanges de biens, de services et de capitaux,
- favoriser les échanges humains, notamment dans le cadre des procédures administratives,
- encourager l'intégration maghrébine en favorisant les échanges et la coopération au sein de l'ensemble maghrébin et entre celui-ci et la Communauté et ses États membres,
- promouvoir la coopération dans les domaines économique, social, culturel et financier. »

5L'article 68 de cet accord est libellé comme suit :

« 1. Sous réserve des dispositions des paragraphes suivants, les travailleurs de nationalité algérienne et les membres de leur famille résidant avec eux bénéficient, dans le domaine de la sécurité sociale, d'un régime caractérisé par l'absence de toute discrimination fondée sur la nationalité par rapport aux propres ressortissants des États membres dans lesquels ils sont occupés.

La notion de sécurité sociale couvre les branches de sécurité sociale qui concernent les prestations de maladie et de maternité, les prestations d'invalidité, de vieillesse, de survivants, les prestations d'accident de travail et de maladie professionnelle, les allocations de décès, les prestations de chômage et les prestations familiales.

Toutefois, cette disposition ne peut avoir pour effet de rendre applicable les autres règles de coordination prévues par la réglementation communautaire basée sur l'article [48] du traité [FUE], autrement que dans les conditions fixées par l'article 70 du présent accord.

...

4. Ces travailleurs bénéficient du libre transfert vers l'Algérie, aux taux appliqués en vertu de la législation de l'État membre ou des États membres débiteurs, des pensions et rentes de vieillesse, de survie et d'accident de travail ou de maladie professionnelle, ainsi que d'invalidité, en cas d'accident de travail ou de maladie professionnelle, à l'exception des prestations spéciales à caractère non contributif.

... »

6L'article 70 dudit accord dispose :

« 1. Avant la fin de la première année après l'entrée en vigueur du présent accord, le Conseil d'association arrête les dispositions permettant d'assurer l'application des principes énoncés à l'article 68.

2. Le Conseil d'association arrête les modalités d'une coopération administrative assurant les garanties de gestion et de contrôle nécessaires pour l'application des dispositions visées au paragraphe 1. »

Le projet de décision du conseil d'association

7La décision 2010/699/UE du Conseil, du 21 octobre 2010, relative à la position à adopter par l'Union européenne au sein du conseil d'association institué par l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République algérienne démocratique et populaire, d'autre part, concernant l'adoption de dispositions sur la coordination des systèmes de sécurité sociale (JO 2010, L 306, p. 14), comporte, en annexe, un projet de décision du conseil d'association (ci-après le « projet de décision du conseil d'association ») qui vise à mettre en œuvre l'article 70 de cet accord.

8Ce projet a été adopté par le Conseil de l'Union européenne sur le fondement du projet de décision du conseil d'association annexé à la proposition de décision du Conseil présentée par la Commission européenne le 12 décembre 2007 [COM(2007) 790 final].

9L'article 1^{er}, paragraphe 1, du projet de décision du conseil d'association dispose :

« Aux fins de la présente décision, on entend par :

...

i) "prestations exportables" :

i) en ce qui concerne les États membres :

...

- les pensions de survivant,

... au sens du [règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement et du Conseil, du 29 avril 2004, portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale (JO 2004, L 166, p. 1, et rectificatif JO 2004, L 200, p. 1)], à l'exception des prestations spéciales en espèces à caractère non contributif définies à l'annexe X de celui-ci;

... »

10L'article 2 de ce projet, intitulé « Champ d'application personnel », est libellé comme suit :

« La présente décision s'applique :

a) aux travailleurs ressortissants algériens qui exercent ou ont exercé légalement une activité salariée sur le territoire d'un État membre et sont ou ont été soumis à la législation d'un ou de plusieurs États membres, ainsi qu'à leurs survivants,

... »

11L'article 4 dudit projet, intitulé « Levée des clauses de résidence », prévoit, à son paragraphe 1 :

« Les prestations exportables au sens de l'article 1^{er}, paragraphe 1, point i), auxquelles peuvent prétendre les personnes visées à l'article 2, points a) et c), ne font l'objet d'aucune réduction, modification, suspension, suppression ou confiscation du fait que le bénéficiaire réside :

i) aux fins de la perception d'une prestation en vertu de la législation d'un État membre, sur le territoire algérien; ou ii) aux fins de la perception d'une prestation en vertu de la législation algérienne, sur le territoire d'un État membre. »

Le droit néerlandais

L'ANW

12L'article 14, paragraphe 1, de l'Algemene nabestaandenwet (loi relative à l'assurance généralisée des survivants, ci-après l'« ANW ») est libellé comme suit :

« A droit à la prestation de survie, le survivant qui :

a. a un enfant célibataire âgé de moins de 18 ans et ne faisant pas partie du ménage d'une autre personne; ou

b. est en incapacité de travail

... »

13L'article 17, paragraphes 1 et 3, de l'ANW, telle que modifiée par la Wet woonlandbeginsel in de sociale zekerheid (loi relative au principe du pays de résidence en matière de sécurité sociale), qui est entrée en vigueur le 1^{er} juillet 2012, dispose :

« 1. La prestation de survie brute est fixée à un montant tel que, après déduction de l'impôt sur les salaires et des cotisations de sécurité sociale à retenir sur ce montant pour une personne qui n'a pas encore atteint l'âge de la retraite, compte tenu uniquement de la réduction générale de prélèvement visée à l'article 22 de la Wet op de loonbelasting 1964 (loi de 1964 relative à l'impôt sur les salaires), la prestation de survie nette équivaut à 70% du salaire minimum net.

...

3. Pour un survivant qui réside en dehors des Pays-Bas, des autres États membres de l'Union européenne, des autres États parties à l'accord sur l'[Espace économique européen] et de la Suisse, la prestation de survie brute s'élève à un pourcentage, fixé par règlement ministériel, du montant fixé en application des paragraphes 1, 2 ou 5. Ce pourcentage est fixé de manière à refléter le rapport entre le niveau du coût de la

vie dans le pays de résidence du survivant et celui du coût de la vie aux Pays-Bas. Ce pourcentage ne peut pas dépasser 100%. »

Le règlement sur le principe du pays de résidence

14L'article 1^{er} du Regeling woonlandbeginsel in de sociale zekerheid 2012 (règlement de 2012 sur le principe du pays de résidence en matière de sécurité sociale, ci-après le « règlement sur le principe du pays de résidence ») prévoit :

« Le pourcentage visé [...] à l'article 17, paragraphe 3, [...] de l'ANW [...] pour un pays de résidence autre que :

- a. les Pays-Bas,
- b. l'un des autres États membres de l'Union européenne,
- c. l'un des autres États parties à l'accord sur l'Espace économique européen, et
- d. la Suisse s'élève au pourcentage figurant à l'annexe du présent règlement. »

15Aux termes de l'annexe de ce règlement, en ce qui concerne l'Algérie, le facteur du pays de résidence visé à l'article 1^{er} du règlement sur le principe du pays de résidence est de 60% à partir du 1^{er} janvier 2013 et de 40% à partir du 1^{er} janvier 2016.

Le litige au principal et les questions préjudicielles

16X réside en Algérie. Son conjoint a travaillé aux Pays-Bas et était assuré au titre de l'ANW au moment de son décès. En tant que survivante de son conjoint, elle a droit à une prestation de survie au titre de l'ANW depuis le 1^{er} janvier 1999.

17Par décisions du 19 septembre 2018, d'une part, le SVB a, par suite d'un jugement du rechtbank Amsterdam (tribunal d'Amsterdam, Pays-Bas) du 10 novembre 2016, rétabli, avec effet rétroactif, la prestation de survie de X à laquelle il avait mis fin le 1^{er} novembre 2012. D'autre part, le SVB a informé X que cette prestation de survie serait réduite à compter du 1^{er} janvier 2013 au motif que, à partir de cette date, elle aurait dû être versée selon le principe du pays de résidence, à savoir en fonction d'un pourcentage reflétant le niveau du coût de la vie dans ce pays par rapport au coût de la vie aux Pays-Bas. Conformément aux dispositions de l'annexe du règlement sur le principe du pays de résidence, ce pourcentage a été fixé, pour l'Algérie, à 60% du montant maximal de la prestation de survie à compter du 1^{er} janvier 2013, et à 40% dudit montant maximal à compter du 1^{er} janvier 2016.

18X a introduit une réclamation contre cette décision, qui a été déclarée non fondée par une décision du SVB du 4 décembre 2018.

19Le rechtbank Amsterdam (tribunal d'Amsterdam) ayant déclaré non fondé le recours formé contre cette dernière décision, X a interjeté appel devant le Centrale

Raad van Beroep (cour d'appel en matière de sécurité sociale et de fonction publique, Pays-Bas), qui est la juridiction de renvoi.

20 La juridiction de renvoi relève que les parties sont en désaccord sur la question de savoir si l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie s'oppose à la réduction du montant de la prestation de survie de X, fondée sur le principe du pays de résidence.

21 À cet égard, premièrement, cette juridiction nourrit des doutes quant au point de savoir si une personne telle que X relève du champ d'application personnel de cette disposition. Elle souligne que cette dernière, contrairement à l'article 68, paragraphes 1 et 3, de l'accord d'association CE-Algérie, vise uniquement les travailleurs et non pas les membres de leur famille.

22 Par ailleurs, dans l'hypothèse où les survivants, en tant que bénéficiaires de prestations, relèveraient du champ d'application de l'article 68, paragraphe 4, de cet accord, ladite juridiction se demande si seuls les survivants résidant aux Pays-Bas bénéficient du libre transfert des montants de leurs prestations vers l'Algérie ou si, comme elle tend à le considérer, ceux résidant en Algérie peuvent également invoquer cette disposition.

23 Deuxièmement, la juridiction de renvoi se demande si l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie est doté d'un effet direct. Selon elle, l'article 68 de cet accord prévoit un certain nombre de principes généraux, mais, conformément à l'article 70 dudit accord, le contenu matériel précis de ces principes et les modalités de coopération entre les États parties au même accord seraient régis par une décision du conseil d'association. Toutefois, cette juridiction considère que, par analogie avec notamment les arrêts du 31 janvier 1991, Kziber ([C-18/90](#), [ECLI:EU:C:1991:36](#)), et du 5 avril 1995, Krid ([C-103/94](#), [ECLI:EU:C:1995:97](#)), ainsi que les ordonnances du 13 juin 2006, Echouikh ([C-336/05](#), [ECLI:EU:C:2006:394](#)), et du 17 avril 2007, El Youssfi ([C-276/06](#), [ECLI:EU:C:2007:215](#)), la nécessité d'adopter une telle décision n'empêche pas que certains éléments de cet article 68, tels que l'interdiction de la discrimination en matière de sécurité sociale, figurant au paragraphe 1 dudit article, puissent avoir un effet direct.

24 S'agissant plus particulièrement de l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie, la juridiction de renvoi estime que ni les termes ni l'objet et la nature de celui-ci, tels qu'ils ressortent de son article 1^{er}, ne s'opposent à la reconnaissance d'un effet direct à cette disposition. Cela étant, elle reconnaît que l'obligation d'exporter les prestations au bénéfice de personnes résidant en Algérie pourrait être subordonnée, dans son exécution, à l'intervention d'un acte ultérieur, à savoir un acte qui arrête les modalités d'une coopération administrative assurant les

garanties de gestion et de contrôle nécessaires visées à l'article 70, paragraphe 2, de cet accord.

25 Enfin, troisièmement, la juridiction de renvoi se demande si l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie s'oppose à une réduction des prestations en vertu du principe du pays de résidence. Elle estime que, quand bien même le projet de décision du conseil d'association annexé à la proposition visée au point 8 du présent arrêt n'a pas encore été arrêté, l'article 4 de celui-ci pourrait fournir des indications sur la portée de l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie suggérant que cette disposition pose le principe de l'interdiction des clauses de résidence.

26 Dans ces conditions, le Centrale Raad van Beroep (cour d'appel en matière de sécurité sociale et de fonction publique) a décidé de surseoir à statuer et de poser à la Cour les questions préjudicielles suivantes :

« 1) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association [CE-Algérie] doit-il être interprété en ce sens qu'il s'applique à la survivante d'un travailleur défunt qui réside en Algérie et qui souhaite exporter sa prestation de survie vers l'Algérie ?

Si cette question appelle une réponse affirmative, 2) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association [CE-Algérie], eu égard à ses termes ainsi qu'à l'objet et à la nature de l'accord, doit-il être interprété en ce sens qu'il a un effet direct, de sorte que les personnes auxquelles cette disposition s'applique ont le droit de s'en prévaloir directement devant les juridictions des États membres pour faire écarter l'application des règles de droit national qui lui sont contraires ?

Si cette question appelle une réponse affirmative, 3) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association [CE-Algérie] doit-il être interprété en ce sens qu'il s'oppose à l'application du principe du pays de résidence, tel que visé à l'article 17, paragraphe 3, de [l'ANW], qui entraîne une limitation de l'exportation de la prestation de survie vers l'Algérie ? »

Sur les questions préjudicielles

Sur la deuxième question

27 Par sa deuxième question, qu'il convient d'examiner en premier lieu, la juridiction de renvoi demande, en substance, si l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie doit être interprété en ce sens qu'il est doté d'effet direct, de sorte que les personnes auxquelles cette disposition s'applique ont le droit de s'en prévaloir directement devant les juridictions des États membres pour faire écarter l'application des règles de droit national qui lui sont contraires.

28Il découle de cet article 68, paragraphe 4, que les travailleurs de nationalité algérienne bénéficient du libre transfert vers l'Algérie, aux taux appliqués en vertu de la législation de l'État membre ou des États membres débiteurs, des pensions et rentes de vieillesse, de survie et d'accident de travail ou de maladie professionnelle, ainsi que d'invalidité, en cas d'accident de travail ou de maladie professionnelle, à l'exception des prestations spéciales à caractère non contributif.

29En outre, il ressort de l'article 70 de l'accord d'association CE-Algérie que, avant la fin de la première année après l'entrée en vigueur de cet accord, le conseil d'association arrête, d'une part, les dispositions permettant d'assurer l'application des principes énoncés audit article 68 et, d'autre part, les modalités d'une coopération administrative assurant les garanties de gestion et de contrôle nécessaires pour l'application de ces dispositions. Cela étant, bien que le Conseil ait adopté la décision 2010/699, visée au point 7 du présent arrêt, comportant en annexe un projet de décision du conseil d'association destiné à mettre en œuvre l'article 70 dudit accord, lesdites dispositions, qui auraient dû être arrêtées par le conseil d'association avant la fin de la première année suivant le 1^{er} septembre 2005, date d'entrée en vigueur de l'accord d'association CE-Algérie, n'ont toujours pas été arrêtées.

30S'agissant de l'éventuel effet direct de l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie, il y a lieu de rappeler que, selon une jurisprudence constante de la Cour, une disposition d'un accord conclu par l'Union avec des États tiers doit être considérée comme étant d'application directe lorsque, eu égard à ses termes ainsi qu'à l'objet et à la nature de l'accord, elle comporte une obligation claire et précise qui n'est subordonnée, dans son exécution ou dans ses effets, à l'intervention d'aucun acte ultérieur (voir, en ce sens, arrêts du 30 septembre 1987, Demirel, 12/86, [ECLI:EU:C:1987:400](#), point 14, et du 26 mai 2011, Akdas e.a., [C-485/07](#), [ECLI:EU:C:2011:346](#), point 67 ainsi que jurisprudence citée).

31En l'occurrence, il y a lieu de constater, en premier lieu, que l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie institue dans des termes clairs, précis et inconditionnels le droit au libre transfert vers l'Algérie des pensions et rentes visées par cette disposition, et ce aux taux appliqués en vertu de la législation de l'État membre débiteur. Ainsi, selon son libellé même, ladite disposition comporte, pour les États membres, une obligation de résultat claire et précise consistant à permettre aux intéressés de bénéficier d'un tel libre transfert, obligation qui n'est en tant que telle subordonnée, dans son exécution ou dans ses effets, à l'intervention d'aucun acte ultérieur.

32Certes, d'une part, ce droit au libre transfert n'est pas absolu, dès lors que ses effets concrets dans chaque cas d'espèce dépendront, ainsi que l'indique l'article 68,

paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie, des « taux appliqués en vertu de la législation de l'État membre ou des États membres débiteurs ». Toutefois, cette incise ne saurait être interprétée comme permettant aux États membres de restreindre de manière discrétionnaire ledit droit au libre transfert et le vider ainsi de sa substance (voir, par analogie, arrêt du 8 mai 2003, *Deutscher Handballbund*, C-438/00, ECLI:EU:C:2003:255, point 29 et jurisprudence citée).

33D'autre part, l'exécution ou les effets du droit prévu à cette disposition ne sont pas subordonnés à l'intervention d'un autre acte, en particulier à l'adoption, par le conseil d'association, des dispositions visées à l'article 70, paragraphe 1, de l'accord d'association CE-Algérie (voir, en ce sens, ordonnance du 13 juin 2006, *Echouikh*, C-336/05, ECLI:EU:C:2006:394, point 41 et jurisprudence citée). En effet, le rôle dont cette dernière disposition investit ledit conseil d'association consiste à faciliter le respect du droit au libre transfert vers l'Algérie des pensions et rentes visées à l'article 68, paragraphe 4, de cet accord, mais ne saurait être considéré comme conditionnant l'application immédiate de ce droit (voir, par analogie, arrêt du 31 janvier 1991, *Kziber*, C-18/90, ECLI:EU:C:1991:36, point 19).

34En ce qui concerne, en second lieu, l'objet et la nature de l'accord d'association CE-Algérie, la Cour a déjà jugé, d'une part, que les objectifs de cet accord, tels que prévus à son article 1^{er}, paragraphe 2, se situent dans le prolongement direct de ceux sur lesquels était fondé l'accord de coopération CEE-Algérie (voir, par analogie, ordonnance du 13 juin 2006, *Echouikh*, C-336/05, ECLI:EU:C:2006:394, point 40), et, d'autre part, que l'objectif de ce dernier accord, consistant à promouvoir une coopération globale entre les parties contractantes notamment dans le domaine de la main-d'œuvre, confirmait que le principe de non-discrimination inscrit à l'article 39, paragraphe 1, de cet accord de coopération était susceptible de régir directement la situation juridique des particuliers, si bien que cette disposition avait un effet direct (voir, en ce sens, arrêt du 15 janvier 1998, *Babahenini*, C-113/97, ECLI:EU:C:1998:13, points 17 et 18 ainsi que jurisprudence citée).

35Ainsi, les objectifs de l'accord d'association CE-Algérie, qui témoignent d'une volonté de renforcer et d'approfondir les objectifs de l'accord de coopération CEE-Algérie, doivent a fortiori être considérés comme confirmant l'effet direct du droit au libre transfert vers l'Algérie des pensions et rentes visées à l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie (voir, par analogie, arrêt du 14 décembre 2006, *Gattoussi*, C-97/05, ECLI:EU:C:2006:780, point 27).

36Eu égard aux considérations qui précèdent, il y a lieu de répondre à la deuxième question que l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie doit être interprété en ce sens qu'il est doté d'effet direct, de sorte que les personnes auxquelles cette disposition s'applique ont le droit de s'en prévaloir directement

devant les juridictions des États membres pour faire écarter l'application des règles de droit national qui lui sont contraires.

Sur la première question

37 Par sa première question, la juridiction de renvoi demande, en substance, si l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie doit être interprété en ce sens qu'il s'applique aux survivants d'un travailleur qui, souhaitant transférer leur prestation de survie vers l'Algérie, ne sont pas eux-mêmes des travailleurs et qui résident en Algérie.

38 À cet égard, il importe de relever, en premier lieu, que cet article 68, paragraphe 4, ne vise expressément que « [c]es travailleurs », ce qui renvoie aux « travailleurs de nationalité algérienne » mentionnés au paragraphe 1 du même article. Cependant, force est de constater que, conformément au libellé de ce paragraphe 4, figurent au nombre des prestations pouvant être librement transférées vers l'Algérie les pensions et rentes de survie. Or, par définition, ce ne sont pas les travailleurs, mais leurs survivants, qui sont susceptibles de bénéficier de telles prestations. Dès lors, et ainsi que M. l'avocat général l'a observé au point 44 de ses conclusions, l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie serait privé d'effet utile si ces survivants étaient exclus de son champ d'application personnel.

39 Dans ses observations écrites, le SVB invoque, pour s'opposer à une telle conclusion, la jurisprudence de la Cour relative à l'article 2 du règlement (CEE) no 1408/71 du Conseil, du 14 juin 1971, relatif à l'application des régimes de sécurité sociale aux travailleurs salariés et à leur famille qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté (JO 1971, L 149, p. 2), et conformément à laquelle les membres de la famille d'un travailleur n'auraient que des droits dérivés, et non des droits propres, en ce qui concerne les dispositions de ce règlement qui s'appliquent exclusivement aux travailleurs (arrêts du 30 avril 1996, Cabanis-Issarte, [C-308/93](#), [ECLI:EU:C:1996:169](#), et du 21 février 2006, Hosse, [C-286/03](#), [ECLI:EU:C:2006:125](#)).

40 Or, il y a lieu de rappeler que la Cour a constaté, à plusieurs reprises, qu'une telle jurisprudence n'est pas transposable dans le cadre d'un accord tel que l'accord d'association CE-Algérie (voir, en ce sens, arrêt du 15 janvier 1998, Babahenini, [C-113/97](#), [ECLI:EU:C:1998:13](#), point 24 et jurisprudence citée, ainsi que ordonnance du 17 avril 2007, El Youssfi, [C-276/06](#), [ECLI:EU:C:2007:215](#), point 62 et jurisprudence citée).

41 En second lieu, s'il ne fait aucun doute que l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie s'applique lorsque le survivant réside dans l'État membre débiteur, il convient de relever qu'il irait à l'encontre de la logique sous-tendant le principe même du libre transfert de prestations vers l'Algérie d'exiger que le

bénéficiaire soit tenu de résider dans l'État membre débiteur, ainsi que M. l'avocat général l'a relevé, en substance, aux points 46 et 47 de ses conclusions.

42 Par conséquent, il y a lieu de répondre à la première question que l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie doit être interprété en ce sens qu'il s'applique aux survivants d'un travailleur qui, souhaitant transférer leur prestation de survie vers l'Algérie, ne sont pas eux-mêmes des travailleurs et qui résident en Algérie.

Sur la troisième question

43 Par sa troisième question, la juridiction de renvoi demande, en substance, si l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie doit être interprété en ce sens qu'il s'oppose à la réduction du montant d'une prestation de survie en raison du fait que le bénéficiaire de cette prestation réside en Algérie.

44 Il ressort de la décision de renvoi, d'une part, que la réduction en cause au principal découle de la loi relative au principe du pays de résidence en matière de sécurité sociale, qui a introduit ce principe notamment concernant les prestations de survie versées au titre de l'ANW. D'autre part, ledit principe vise à garantir que les prestations liées au salaire minimum néerlandais et qui sont versées en dehors des Pays-Bas reflètent le rapport entre le niveau du coût de la vie dans le pays de résidence du bénéficiaire et celui du coût de la vie aux Pays-Bas. La prestation de survie en cause au principal fait précisément partie des prestations liées au salaire minimum néerlandais, dès lors que, conformément à l'article 17, paragraphe 1, de l'ANW, son montant net équivaut à 70% de ce salaire minimum net.

45 À cet égard, lors de l'audience, le SVB a indiqué qu'il s'agit d'un pourcentage maximum, le montant de la prestation reçue par chaque survivant étant calculé par rapport aux revenus de celui-ci. Par ailleurs, lors de cette audience, le gouvernement néerlandais a précisé que la prestation de survie est une assurance risque et que le montant des cotisations payées au titre de cette prestation est le même pour tous les assurés. Il a également signalé que le salaire minimum aux Pays-Bas est adapté en fonction du coût de la vie dans cet État membre.

46 Il convient de rappeler que l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie prévoit le droit au libre transfert des prestations qui y sont visées vers l'Algérie « aux taux appliqués en vertu de la législation de l'État membre ou des États membres débiteurs ».

47 Il découle de cette précision que, ainsi que M. l'avocat général l'a relevé, en substance, au point 57 de ses conclusions, l'État membre débiteur dispose d'une marge d'appréciation pour établir des règles relatives au calcul du montant des prestations visées à cet article 68, paragraphe 4. Plus concrètement, dans la mesure

où ladite précision figure dans la disposition de cet accord portant sur le transfert de ces prestations vers l'Algérie, elle doit être interprétée comme permettant, en principe, à cet État membre de prévoir des règles visant à adapter le montant desdites prestations à l'occasion de ce transfert, telles que la règle basée sur le principe du pays de résidence en cause au principal.

48 Toutefois, de telles règles doivent respecter la substance du droit au libre transfert des prestations, sans priver ce droit de son effet utile (voir, par analogie, arrêt du 8 mai 2003, *Deutscher Handballbund*, C-438/00, ECLI:EU:C:2003:255, point 29 et jurisprudence citée).

49 Or, il ressort des éléments caractérisant la prestation de survie en cause au principal, exposés aux points 44 et 45 du présent arrêt, que le montant de celle-ci est fixé en fonction du coût de la vie aux Pays-Bas et que, par conséquent, cette prestation vise à garantir que les survivants disposent d'un revenu de base calculé en fonction du coût de la vie dans cet État membre. Dès lors, s'agissant du transfert de ladite prestation vers l'Algérie, tel que prévu à l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie, le fait d'adapter le montant de celle-ci pour tenir compte du coût de la vie dans ce pays tiers n'apparaît pas comme étant susceptible de vider de sa substance le droit au libre transfert, pour autant que la détermination du taux utilisé aux fins de cette adaptation soit basée sur des éléments objectifs, ce qu'il appartient à la juridiction de renvoi de vérifier.

50 Enfin, s'agissant du fait que l'article 4 du projet de décision du conseil d'association prévoit l'interdiction, notamment, de toute réduction du montant d'une telle prestation dû en vertu de la législation d'un État membre du fait de la résidence de son bénéficiaire en Algérie, il convient de relever que ce projet n'ayant jusqu'à présent pas été adopté par le conseil d'association, il ne saurait déployer des effets semblables à ceux qu'une disposition analogue, à savoir l'article 6, paragraphe 1, de la décision no 3/80 du conseil d'association, du 19 septembre 1980, relative à l'application des régimes de sécurité sociale des États membres des Communautés européennes aux travailleurs turcs et aux membres de leur famille (JO 1983, C 110, p. 60), s'est vu reconnaître par l'arrêt du 26 mai 2011, *Akdas e.a.* (C-485/07, ECLI:EU:C:2011:346).

51 Eu égard aux considérations qui précèdent, il y a lieu de répondre à la troisième question que l'article 68, paragraphe 4, de l'accord d'association CE-Algérie doit être interprété en ce sens qu'il ne s'oppose pas à la réduction du montant d'une prestation de survie en raison du fait que le bénéficiaire de cette prestation réside en Algérie, lorsque cette prestation vise à garantir un revenu de base calculé en fonction du coût de la vie dans l'État membre débiteur et que la réduction ainsi opérée respecte la substance du droit au libre transfert d'une telle prestation.

Sur les dépens

52La procédure revêtant, à l'égard des parties au principal, le caractère d'un incident soulevé devant la juridiction de renvoi, il appartient à celle-ci de statuer sur les dépens. Les frais exposés pour soumettre des observations à la Cour, autres que ceux desdites parties, ne peuvent faire l'objet d'un remboursement.

Par ces motifs, la Cour (deuxième chambre) dit pour droit :

1) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République Algérienne démocratique et populaire, d'autre part,

doit être interprété en ce sens que :

il est doté d'effet direct, de sorte que les personnes auxquelles cette disposition s'applique ont le droit de s'en prévaloir directement devant les juridictions des États membres pour faire écarter l'application des règles de droit national qui lui sont contraires.

2) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République Algérienne démocratique et populaire, d'autre part,

doit être interprété en ce sens que :

il s'applique aux survivants d'un travailleur qui, souhaitant transférer leur prestation de survie vers l'Algérie, ne sont pas eux-mêmes des travailleurs et qui résident en Algérie.

3) L'article 68, paragraphe 4, de l'accord euro-méditerranéen établissant une association entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République Algérienne démocratique et populaire, d'autre part,

doit être interprété en ce sens que :

il ne s'oppose pas à la réduction du montant d'une prestation de survie en raison du fait que le bénéficiaire de cette prestation réside en Algérie, lorsque cette prestation vise à garantir un revenu de base calculé en fonction du coût de la vie dans l'État membre débiteur et que la réduction ainsi opérée respecte la substance du droit au libre transfert d'une telle prestation.

Signatures

* Verfahrenssprache: Niederländisch.

* Language of the case: Dutch.

* Langue de procédure : le néerlandais.

Zitiervorschlag:

EuGH Urt. v. 29.2.2024 – C-549/22, BeckRS 2024, 3030

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG 2025